



HESSISCHER LANDTAG

21.01.2021
HHa

Änderungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978**

Inhalt des Antrags: **Stellenmehrbedarf in der Bundesbauabteilung der Oberfinanzdirektion**

Einzelplan **06** **Hessisches Ministerium der Finanzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 06 04 Steuerverwaltung
Buchungskreis: 2560

Externe Leistung Nr. 1
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bundesbauangelegenheiten

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Stellenplan ergeben sich folgende Änderungen:

- + 1 x A 15
- + 3 x A 14
- + 3 x Tarifstellen g.D.

Im kameralen Haushalt ergeben sich keine Änderungen.

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Neuregelung der Bundesbauvereinbarung (BB-V) zwischen dem Land Hessen und dem Bund wurde neu verhandelt. Teil dieser Vereinbarung ist auch die Ausstattung der fachaufsichtführenden Einheit für die Bundesbaumaßnahmen, die in der Oberfinanzdirektion in Frankfurt eingerichtet ist. Die Einheit wird vom Bund im Rahmen der Ist-Kostenerstattung vollständig finanziert. Im Zuge der Verhandlungen zur BB-V ist auch die fachaufsichtführende Einheit neu bewertet worden. Daraus ergeben sich Stellenbedarfe, die sich im Einzelnen wie folgt erläutern lassen:

Der Bund überträgt jedem Bundesland eine Sonderaufgabe, die das Land für das gesamte Bundesgebiet koordinierend wahrnimmt. Hessen hat die Aufgabe übertragen bekommen, den Kontakt zu Hochschulen, Absolventen und damit möglichen Bewerbern für eine berufliche Laufbahn im Bundesbau aufzubauen. Dieser Bereich soll weiter ausgebaut werden. Dazu finanziert der Bund eine Stelle des höheren Dienstes und zwei Stellen des gehobenen Dienstes.

Darüber hinaus soll das in 2020 aufgebaute Referat „Großprojekte“ personell verstärkt werden, da die Projekte (Neubau Bundeskriminalamt, Paul-Ehrlich-Institut etc.) in ihrem Prozess fortschreiten. Hierzu werden vom Bund drei Stellen des höheren Dienstes sowie eine Stelle des gehobenen Dienstes finanziert.

Da der Bund die jeweilige Laufbahn der von ihm finanzierten Stellen festlegt, sollen von den sieben Stellen vier Stellen im Beamtenbereich und drei Stellen im Tarifbereich ausgebracht werden. Für das Land Hessen ist diese Maßnahme budgetneutral.

Wiesbaden, 21. Januar 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Mathias Wagner (Taunus)